

16.11.89

Antrag

des Saarlandes

Entschliebung des Bundesrates zum Schutz tropischer Regenwälder

DER MINISTERPRÄSIDENT DES
SAARLANDES

Saarbrücken, den 10. November 1989

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Regierenden Bürgermeister
Walter Momper

Sehr geehrter Herr Bundesratspräsident,

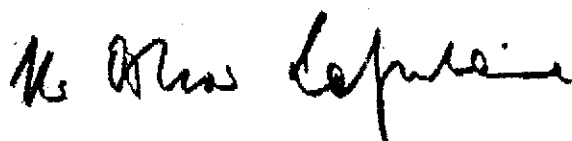
die Regierung des Saarlandes hat beschlossen, dem Bundesrat den
beigefügten Antrag für eine

Entschliebung des Bundesrates zum
Schutz tropischer Regenwälder

zuzuleiten.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie die Vorlage gemäß § 36 Abs. 2
der Geschäftsordnung des Bundesrates zur Beratung auf die Tages-
ordnung des Bundesrates am 1. Dezember 1989 setzen würden.

Mit freundlichen Grüßen



A n l a g e

EntschlieÙung des Bundesrates
zum Schutz tropischer Regenwälder

Tropische Regenwälder zählen zu den reichhaltigsten Ökosystemen der Erde. Obwohl sie nur etwa sieben Prozent der Erdoberfläche bedecken, beherbergen sie mehr als die Hälfte aller wildlebenden Tier- und Pflanzenarten. Sie beeinflussen entscheidend das Weltklima und haben einen unschätzbaren Wert nicht nur als Lieferant von wertvollem Holz, sondern auch anderer Rohstoffe, wie Gummi, Harz und Öle, sowie von Arznei- und Nahrungsmitteln.

Der Bundesrat hält in Anbetracht der globalen ökologischen Auswirkungen der Vernichtung tropischer Regenwälder ein Sofortprogramm der Bundesregierung und der Bundesländer zum Schutz tropischer Ökosysteme für geboten.

Die Bundesländer verpflichten sich, zumindest im öffentlichen Waldbesitz (Staats- und Körperschaftswald) umgehend eine weitgehend kahlschlagfreie und auf Vorratsanreicherung abzielende Waldbewirtschaftung anzuwenden, um in Mitteleuropa mit einer entsprechenden forstlichen Strategie gegenüber den betroffenen tropischen Ländern ein Signal zu setzen.

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf,

- einen internationalen Tropenwald-Fonds zu initiieren. Aus diesem Fonds sollen Zahlungen für den Verzicht der Nutzung von noch vorhandenen Primärwäldern erfolgen. Große Urwaldgebiete sollen als Naturschutzgebiete ausgewiesen und als Welterbe erhalten werden,
- die Ökosystemforschung über die Tropen mit dem Ziel zu intensivieren, die nachhaltige forstwirtschaftliche Nutzung von Regenwäldern zu ermöglichen. Dort, wo bereits Vorhaben der Nutzung, z.B. von Sekundärwäldern, bestehen, sollen diese auf die Dauerhaftigkeit der Nutzung hin optimiert werden,
- international zu vernetzende, systemare, interdisziplinäre Forschungsprojekte, die sich auf die Ebenen Wald-Ökosystem, Landschaft und Region erstrecken zu fördern sowie die Ausbildung wissenschaftlicher Fachkräfte nachhaltig zu unterstützen,

- die Wirksamkeit der Umweltverträglichkeitsprüfungen für Entwicklungsprojekte in den Tropen zu analysieren und zu verbessern (Anwendung bzw. Überwachung durch unabhängige Fachgutachter),
- Importverbote auszusprechen für Tropenholz, das nicht aus nachhaltiger und kahlschlagfreier forstwirtschaftlicher Nutzung stammt,
- zur Sicherung der Bewirtschaftung und Erhaltung des Tropenwaldes mit Hilfe von Finanzierungsmodellen aus verlorenen Zuschüssen, langfristigen und billigen Krediten, Umschuldung und Entschuldung der Tropenländer beizutragen,
- Initiativen der Entwicklungsbanken, des IWF und anderer Institutionen zu unterstützen, um Tropenwaldländer in die Lage zu versetzen, Maßnahmen für die Erhaltung der tropischen Regenwälder und anderer Ökosysteme zu ergreifen,
- Finanzierungshilfen zur Durchführung von Bodenreformen, Flurbereinigung und Rekultivierung in Tropenwaldländern zu gewähren,
- sämtliche bestehenden bundesrechtlichen Förderungsrichtlinien zur Aufforstung von landwirtschaftlichen Überschußflächen dahingehend zu ändern, möglichst nur die Aufforstung mit langumtriebigen Baumarten (mit dem Ziel vorratsreicher "Langfristwälder") zu fördern.

Begründung:

Nach Erhebungen der Welternährungsorganisation FAO waren 1976 bereits 42 Prozent der feuchttropischen Wälder der Erde zerstört. In jeder Minute fallen weitere 21 Hektar Urwald, rund 114.000 Quadratkilometer im Jahr.

Wurden zu Beginn der 80er Jahre weltweit über 11 Millionen Hektar Regenwald pro Jahr geschädigt oder vernichtet, so wurde 1988 mit 25 Millionen Hektar bereits mehr als die doppelte Fläche zerstört.

Ursachen für die dramatisch zunehmende großflächige Zerstörung tropischer Regenwälder sind insbesondere

- die Umwandlung zur landwirtschaftlichen Bewirtschaftung der Böden,
- die Landnahme zu Spekulationszwecken,
- die Anlage von Stauseen zur Energiegewinnung,
- der unkontrollierte Abbau von Bodenschätzen und die damit verbundenen Folgeprobleme, z.B. Umweltbelastungen, großflächige Zersiedelung, Straßenbau etc.
- die Gewinnung von Edelhölzern und anderen Holzarten

60 bis 90 Prozent des Weltartenbestandes befinden sich in den Tropenwäldern. Bei der derzeitigen Geschwindigkeit der Zerstörung, wird innerhalb der nächsten beiden Jahrzehnte ein Großteil davon unwiederbringlich verschwunden sein.

Das Ausmaß des dramatischen Artenschwundes läßt sich nur grob umreißen. Schätzungen gehen von etwa 50 Tier- und Pflanzenarten pro Tag aus.

Nach 1950 betrug der Weltexport tropischer Harthölzer nur 4,2 Millionen Kubikmeter. Inzwischen sind es etwa 70 Millionen Kubikmeter im Jahr, die zu 48 Prozent nach Japan und zu 40 Prozent nach Europa gehen. Weltweit werden weniger als ein Prozent der tropischen Feuchtwälder für die Gewinnung von Holz in nachhaltiger Weise bewirtschaftet.

Die Vernichtung tropischer Regenwälder wirkt sich auch negativ auf das globale Klima aus. Die Verringerung der Bodenfeuchtigkeit und Erhöhung der Verdunstung, die Veränderung der Konzentration atmosphärischer Spurengase sowie eine Zunahme fester Partikel in der Atmosphäre sind eine wesentliche Folge von Brandrodungspraktiken.

Die Veränderung der Wärmerückstrahlung von der Erdoberfläche in die Atmosphäre ist daher u.a. eine wesentliche Folge von Brandrodungspraktiken. Es ist eine entscheidende Veränderung der globalen Zirkulation, als deren Motor der Tropengürtel gilt, zu befürchten.

Infolge der Brandrodung hat der CO₂-Gehalt der Luft, aber auch anderer "Treibhausgase" zugenommen. Ebenso gelangen z.B. Kohlenmonoxyd, Methan und andere Kohlenwasserstoffe und Stickoxide in die Atmosphäre. Letztere bewirken die Bildung von Ozon in der Troposphäre (der unteren Luftschicht der Erde), ein Prozeß, der gerade in den Tropen unter verstärkter UV-Einstrahlung besonders rasch abläuft. Über dem Amazonasgebiet und dem äquatorialen Afrika wurden Ozonkonzentrationen gemessen, die bei empfindlichen Pflanzen der gemäßigten Breiten bereits chronische Schäden verursachen.

Zurück bleibt eine nutzlose Wüste, zunehmende Armut, Hunger und Not. Die fruchtbare Erde wird bei starken Regenfällen, die durch die Regenwaldzerstörung zunehmen, tonnenweise ins Meer geschwemmt. Die Verschlammung der Bäche und Flüsse legt Bewässerungssysteme und Wasserkraftwerke lahm und beeinträchtigt die Ernährung der Bevölkerung.

Viele Entwicklungsprojekte, die eine großflächige Zerstörung der tropischen Regenwälder zur Folge haben, könnten von den Ländern des Tropengürtels nicht finanziert werden, wenn nicht eine direkte oder indirekte Teilfinanzierung seitens der Industrieländer, darunter auch die Bundesrepublik, oder internationaler Finanzträger gewährt würde.

Die hier vorgeschlagene Initiative ist jedoch nur dann glaubwürdig, wenn die Industrienationen, selbst mit ihren öffentlichen Forstbetrieben modellhaft vorangehen. Eine kahlschlagfreie und vorratsreiche naturnahe Dauerwaldwirtschaft in Mitteleuropa als auch die Aufforstung von landwirtschaftlichen Überschußflächen und Grenzertragsböden mit sogenannten "Langfristwäldern" können auch hier einen Beitrag zur Linderung der Klimakatastrophe leisten. Eine solche Politik ist auch im Sinne der deutschen Holzwirtschaft, die mit einer solchen Forstpolitik zunehmend dann auch in den entsprechenden Dimensionen auf europäische Hölzer als Ersatz für das Tropenholz zurückgreifen kann. Zudem zeigen eine Reihe kahlschlagfrei, naturnah wirtschaftender Privatwaldbetriebe vornehmlich in Süddeutschland die ökonomische Überlegenheit solcher forstwirtschaftlichen Betriebssysteme. Die Entwicklung der letzten Jahre im öffentlichen Waldbesitz des Saarlandes (ca. 80 % der saarländischen Waldfläche) belegt, daß eine Umstellung auf kahlschlagfreie Waldwirtschaft sofort und ohne gravierende Belastungen für den öffentlichen Waldbesitz möglich ist.